

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezugsbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Canton Schaffhausen fl. 2. 45 fr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die übrigen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/2 Breite) mit Petitdruck oder deren Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung bestelle man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die übrigen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Gammerschmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

# Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

## Inhalt.

**Ueber die Stellung der Oberpostamts-Zeitung.**  
**Deutschland.** Frankfurt (Die preussische Note und die Regierungsbevollmächtigten. Der sogenannte „großdeutsche“ Verfassungsentwurf. Forderung der Linken an die Coalition. Was von den Behauptungen der „Frankfurter Zeitung“ zu halten ist). Vom Main (Die preussischen Kammern gegenüber der Paulskirche). Aus Oesterreich (Vom Kriegsschauplatz in Ungarn). Berlin (Die Stadtverordneten. Gesetzentwürfe. von Wrangel). Halle (Verurtheilung). Elberfeld (Für die Grundrechte). Hildesheim (Für ein deutsches Erbthum). Köln (Nachwahl zur zweiten Kammer). Hannover (Kammerverhandlungen. Schreiben des Königs an das Cabinet. Die Adresscommission. Für die Grundrechte. Neugestaltung des Staatsrathes). Emden (Oberst v. Kudriaffsky). Vom Oberrhein (Die neue Wendung). Mannheim (Militärische Bedeutung der Eisenbahnen). Kassel (Zur Geschichte der Oberhauptfrage in Kurhessen). Kiel (Erfolg der Erklärung der gemeinsamen Regierung anlässlich der preuss. Note).  
**Italien.** Florenz (Decrete und Bestimmungen der provisorischen Regierung. Veenigung der Unordnungen in Empoli).  
**Frankreich.** Paris (Die Interpellationen Cavaignac's. Oesterreich's Erklärung in Bezug auf die Brüsseler Conferenzen und Toscana. Nationalversammlung).  
**Großbritannien.** London (Parlament).  
**Nachricht.**  
**Börsenberichte.**

## Ueber die Stellung der „Ober-Post-Amts-Zeitung“

Man ist vielfach bemüht gewesen, uns eine Parteilichkeit anzudichten, und gerade in der neuesten Zeit treten der gleichen Anschuldigungen mehr als je hervor. Wer indess unserem Gange seit bald einem Jahre mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, wird uns von diesem Vorwurfe frei sprechen. In allen leitenden Artikeln haben wir unverrückt den deutschen Standpunkt festgehalten. Unser Bemühen war unablässig auf die Erforschung der Mittel und Wege gerichtet, wie ein besserer Zustand in Deutschland begründet und früher begangene Fehler und Mißgriffe vermieden werden könnten. Deshalb haben wir jeden Vorgang des Tages mit unseren Bemerkungen begleitet, indem wir an das Vergangene anknüpften und aus dem Schachte unserer Erfahrungen schöpften; wir haben von dem Felde der Leidenschaften ab- und in das der staatsrechtlichen und staatsmännischen Erwägung einzuleiten gesucht, und wenn unser Beispiel von den besseren Blättern Deutschlands nachgeahmt worden, und wir dadurch zur Verhütung der Gemüther beitragen, so können wir uns nur Glück wünschen, in unseren Bemühungen nicht nachgelassen zu haben.

Als Ziel haben wir uns die Herstellung eines einzigen und starken Deutschlands gesetzt; allein mit den Schwierigkeiten seiner Erreichung wohl bekannt, haben wir, wo wir nur konnten, vor Abwegen gewarnt, überspannte Hoffnungen und Forderungen herabzustimmen gesucht, und auf das praktisch Ausführbare aufmerksam gemacht. Wenn wir hierbei unser Augenmerk vorzugsweise auf Preußen richteten, so lag dies in der Natur der Sache, indem die Interessen dieses Staates am vielfachsten und innigsten mit denen des übrigen Deutschlands verschlungen sind, ein festes und starkes Bündniß aber nur zwischen homogenen Elementen geschlossen werden kann. Gleichwohl standen wir niemals und zu keiner Zeit mit Organen der preussischen Regierung in Verbindung, vielmehr können wir uns der unbeschränkten Selbstständigkeit unserer Ansichten und Ausführungen rühmen. Erschien unser Blatt als eines der unterrichteten, so muß es wohl daher gekommen sein, daß unsere Mitarbeiter die Verhältnisse am genauesten kannten und am richtigsten beurtheilten, nicht aber daß sie besondere Mittheilungen oder Inspirationen von außen empfingen hätten. Dem Umstande, daß die „Ober-Post-Amts-Zeitung“ eine Vertrauen erweckende Richtung einhielt, ist es wohl zuzuschreiben, daß das Reichsministerium sich ihrer zu seinen Veröffentlichungen bediente; unrecht wäre es aber, wenn man deshalb unsere Selbstständigkeit, Unparteilichkeit und Unbefangenheit in Zweifel ziehen wollte.

Erf in der neuesten Zeit haben die Regierungen angefangen, sich über das Verfassungswerk auszusprechen. Insbesondere sind es die Erklärungen Oesterreichs und Preußens, welche den Verhältnissen Deutschlands eine entscheidende Richtung zu geben vermögend scheinen. Dadurch sind wir in ein neues Stadium der inneren Entwicklung Deutschlands getreten. Von nun an ist der speculativen Politik weniger Raum gegönnt, und wir werden uns vorzugsweise an Thatsachen halten müssen. Bei Prüfung dieser Thatsachen werden wir bemüht sein, dieselbe Unparteilichkeit wie früher an den Tag zu legen, und man wird uns nicht Schuld geben können, im Interesse dieses oder jenes Staats zu wirken. Unser Blatt ist nach wie vor der gemeinsamen Sache Deutschlands gewidmet, und bringen die Verhältnisse mit sich, daß wir unsere Hoffnung und Erwartungen noch mehr herabstimmen müssen, als

bereits geschehen, so werden wir die Sache und unsere Trauer darüber nicht verbergen, darum aber nicht minder bemüht sein, dem deutschen Vaterlande auch das geringere Gute zu retten und zu erhalten. Wir werden nicht nachlassen, zur Einigkeit und zum Zusammenwirken aufzufordern, zu mahnen und zu warnen, so lange unsere Stimme vernommen werden will. Dadurch glauben wir uns des Beifalls unserer Leser würdig zu erhalten, deren stets wachsender Kreis uns zu neuen Anstrengungen spornet, und die einzige Belohnung ist, die wir aufzuweisen haben, und nach unseren Gesinnungen erstreben mögen.

## Deutschland.

**RC Frankfurt, 23. Febr.** Die neueste preussische Note macht nicht überall denselben günstigen Eindruck wie die vom 23. vorigen Monats. Aber man sollte behutsamer sein in der Beurtheilung eines Actenstückes, welches zunächst nur dem preussischen Bevollmächtigten die allgemeine Ansicht seiner Regierung über die Basis einer Verständigung mit den übrigen Regierungen so wie mit der Nationalversammlung mittheilen sollte. Die einzig authentische Interpretation der Note scheint uns eben deshalb diejenige zu sein, welche ihr durch die Erklärungen des Herrn Camphausen gegeben wird. Schon gestern theilten wir mit, daß in dieser Erklärung nur Ausstellungen enthalten seien, deren gewissenhafte Berücksichtigung der Nationalversammlung nicht schwer fallen wird. Wir hören, daß die Collectivklärung, welche in diesen Tagen durch die Besprechung bei Herrn Camphausen zu Stande gekommen, erst heute von allen Betheiligten unterzeichnet und sodann dem Reichsministerium übergeben werden wird. So tritt eine compacte, in sich einige Masse den übrigen, noch zu keinem Abschluß gelangten Regierungen gegenüber. Das Reichsministerium hat auf Veranlassung, namentlich der sächsischen und bayrischen Regierung, eine Generalconferenz sämtlicher Bevollmächtigten auf morgen Vormittag veranstaltet und es steht zu hoffen, daß hier das große Werk der Verständigung aufs Neue um einige Schritte gefördert werde. Bei der großen Differenz, in welcher bis jetzt die Bevollmächtigten insbesondere von Oesterreich, Bayern und Hannover den übrigen gegenüber stehen, ist freilich eine rasche Einigung, oder sagen wir lieber Auseinanderlegung nicht wahrscheinlich. Soll doch in früheren Conferenzen Herr v. Schmerling ausdrücklich auf einen Aufschub der zweiten Lesung der Verfassung gedrungen, und auf diejenigen Gegenstände aufmerksam gemacht haben, welche höchst nützlich vor dieser zweiten Lesung die Reichsversammlung beschäftigen könnten. Nichts aber ist für Alle, die den Bundesstaat wollen, mehr ein Axiom, an welchem sie festhalten werden, als die Ueberzeugung von der Verderblichkeit jeder Verzögerung. Wenn daher auch Herr Welcker solchen Annuthungen zustimmte, so zeigte er uns von Neuem, in welchem Widerspruch er zu den Ansichten seiner Regierung nicht allein und seiner Ueberzeugung steht, sondern auch in seinem Amte handelt. Es ist ohne Zweifel höchst ehrenvoll, eine Note wie die letzte badensche zu überreichen, aber es muß peinlich sein für denjenigen, der dem Inhalte derselben so fremd ist.

Der preussische Bevollmächtigte bei der Centralgewalt hat zufolge der „Deutschen Zeitung“ heute Morgen bereits die Verbesserungsanträge der vereinigten Regierungen zu dem Abschnitt von der Reichsgewalt an das Reichsministerium übergeben, welches sie wahrscheinlich sofort an den Verfassungsausschuß befördern und auch zur wünschenswerthen Besprechung in die Öffentlichkeit bringen wird. Es ist dieser Weg, die Vorschläge über die besonderen Abschnitte einzeln vorzulegen, besonders deshalb eingeschlagen worden, weil man dem Verfassungsausschuß so schnell als möglich die sehnlichst erwarteten Endvorlagen zum Abschluß geben wollte.

Die Commission der österreichischen Coalition hat nach demselben Blatt einen Verfassungsentwurf in Bereitschaft, welcher bei der zweiten Lesung der Verfassung in Form von Verbesserungsanträgen vorgelegt werden soll. Nachstehend Einiges aus diesem Entwurfe: Art. II, § 1 (S 2 und 3 der ersten Lesung der Verfassung). „Steht mit einem deutschen Staate ein außerdeutsches Land in politischer Verbindung, so darf diese der Durchführung der deutschen Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung in dem deutschen Staate keinen Eintrag thun.“ § 3 (S 4 der Verfassung): „Das Oberhaupt eines deutschen Staates, mit welchem ein außerdeutsches Land in politischer Verbindung steht u.“ (sonst wie § 4). Art. III, § 1. „An der Spitze der Reichsregierung steht ein Reichsstatthalter, welcher in der Reichsregierung den Vorsitz führt.“ § 2. „Die Reichsregierung besteht aus sieben Mitgliedern.“ (Von diesen wählen Oesterreich, Preußen und Bayern je eins, die übrigen vier werden von den andern in vier Wahlkreise

eingetheilten deutschen Staaten gewählt.) Der Verfassungsabschnitt „der Reichsrath“ wird ganz gestrichen.

Die österreichische Coalitionscommission hatte heute vor der Sitzung der Nationalversammlung eine Versammlung, in welcher die Mitglieder der Linken die Forderungen derselben aufstellten, eine definitive Feststellung der Grundrechte, die zweite Lesung des „Wahlgesetzes“ und endlich die Forderung, daß bei der zweiten Lesung der Verfassung der Artikel „die Reichsregierung“ zuletzt verathen werde. Heute Abend wollen die Commissionsmitglieder der Linken den österreichischen Verfassungsentwurf prüfen, ihren Gegentwurf aufstellen (zu welchem Behufe sie sich in drei Sectionen theilten) und denselben ihren Fractionen zur Begutachtung vorlegen.

Morgen Abend um 8 Uhr wird wieder eine Versammlung der Partei im „Weidenbusch“ stattfinden, die auf dem Grund des Bundesstaates stehen bleiben will.

**Frankfurt, 24. Febr.** Die „Frankfurter Zeitung“ hatte in der Nummer vom 18. Februar wiederholt behauptet, das Reichsministerium habe auf bekannte Erklärungen deutscher Regierungen Antworten ertheilt, „schlechterdings unbekümmert darum, ob und wie der Reichsverweser etwas darüber in Erfahrung bringe.“ Diese Behauptung ist in Nr. 46 der „Oberpostamts-Zeitung“ vom 22. d. M., auf den Grund genauer Erkundigungen wiederholt als „eine Lüge“ bezeichnet. Anstatt nun ihre Behauptung zu beweisen, und damit die Beschuldigung der Lüge zu entkräften, erzählt die „Frankfurter Zeitung“ vom heutigen: „das Reichsministerium habe in einer eigenen Note vom Reichsverweser die Erklärung gefordert, daß die Aussage der „Frankfurter Zeitung“ in diesem Punkte unwahr sei; der Reichsverweser habe darauf in einer Weise geantwortet, wie es sich für einen Erzherzog von Oesterreich gezieme.“ Hieran wird die Aufforderung an das Reichsministerium geknüpft, beide Actenstücke zu veröffentlichen, damit die Welt erfahre, wer sich in dieser Sache selbst gerichtet hat. Die Angabe, daß zwischen dem Reichsverweser und dem Ministerium ein Schriftwechsel bezüglich auf diese Sache stattgefunden habe, ist, wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, begründet, und das Reichsministerium hat die Veröffentlichung der Actenstücke nicht zu scheuen. Wenn dasselbe der Aufforderung eines anonymen Zeitungsartikels nicht entspricht, so wird es dafür Gründe haben, die vielleicht bald nicht mehr bestehen werden. Wir können übrigens die beruhigende Versicherung geben, daß zwischen dem Reichsverweser und seinem Ministerium ein gutes Einvernehmen herrscht, welches zu trüben der Intrigue noch nicht gelungen ist. Hätte die „Frankfurter Zeitung“ in jenen Actenstücken die Mittel gefunden, die Wahrheit ihrer Anschuldigung zu beweisen, so würde sie (der, wie es sich zeigt, nichts verborgen bleibt, was an den Reichsverweser gelangt und von ihm ausgeht) wohl keinen Anstand nehmen, durch Veröffentlichung derselben die Neugierde der Leser zu befriedigen, und die Quelle anzugeben, aus welcher sie die Anschuldigung gegen das Reichsministerium, den Namen des Reichsverwesers mißbraucht zu haben, geschöpft hat. Wäre die Quelle lauter, so würde man sie wohl in die Paulskirche leiten, und den Stoff der Beschuldigung gegen das Ministerium in die Form einer Interpellation kleiden. Scheut man diesen Weg, weil er dazu führen würde, der ränkeltüchtigen Camarilla die Maske von dem Gesicht zu ziehen, so wundere man sich wenigstens nicht, wenn das Ministerium den Handschuh der Intrigue von dem schmutzigen Boden einer anonymen Zeitungsflüge nicht aufnehmen mag.

**Vom Main, 24. Febr.** Ob die neugewählten preussischen Volksvertreter, welche sich übermorgen in dem weißen Saal des königlichen Schlosses zu Berlin zum erstenmal versammeln, die Stimmen vernehmen, die sich seit einigen Wochen schon theils besorgend, theils hoffend und wünschend, bald über ihren Zusammentritt, bald über ihre Vertagung äußern, und zwar im Hinblick auf die bedeutungsvollen und verwickelten Fragen, die in der Paulskirche ihrer Lösung entgegenharren? Ob die preussischen Volksvertreter, ehe sie zum erstenmal in ihren Sitzungsaal eintreten, den Blick werden hinüberschweifen lassen über die Marken ihres engeren Vaterlandes, um zu begreifen, daß auch sie, zuerst Deutsche und dann Preußen, als die Vertreter des größten und mächtigsten reindeutschen Staates reden und handeln müssen den Vertretern der ganzen Nation gegenüber, wie jedes in seiner Weise, die Stände in Bayern und Württemberg, in Sachsen und Hannover, geredet und gehandelt haben, hier zur Hemmnis, dort zur Förderung des großen Werkes, welches in Frankfurt geschaffen werden soll. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß für die Kammern in Berlin häusliche Angelegenheiten dringender Natur zu erledigen sind; aber gerade zu diesen häuslichen Angelegenheiten rechnen wir auch das deutsche Verfassungswerk und der Frankfurter Correspon-



dent der „Deutschen Reichszeitung“ scheint uns vollkommen Recht zu haben, wenn er eine von manchen Seiten gewünschte und befürwortete Vertagung der preussischen Kammern, noch vor deren Zusammentritt durch die Regierung verfügt, für unstatthaft erklärt. Ein wesentliches Motiv für die Nichtvertagung erkennt er freilich schon darin, daß dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel sobald wie immer möglich Gelegenheit gegeben werde, zuerst vor die Kammern und dann zurückzutreten und damit den Ausnahmeständen in der Hauptstadt ein Ende gemacht zu sehen; für wichtiger noch als diesen halten wir den zweiten vom Correspondenten angeführten Grund: Die Förderung der Oberhauptfrage bedarf einer entschiedenen Erklärung des preussischen Volkes. „Ist es zu erreichen, daß die preussischen Kammern sich für das deutsche Verfassungswerk, wie es vorliegt, für den innigsten Anschluß Preußens an Deutschland und damit für alle die nothwendigen aber unendlich tief einschneidenden Veränderungen erklären, welche den gesammten Staatsorganismus Preußens treffen werden, wenn dieses die ihm von hier zugedachte Stellung einnimmt — dann hat unsere Arbeit mit einem Male einen festen und starken Boden erlangt, auf den gestützt wir einen schnellen Abschluß geben können. Könnte man mit einiger Sicherheit auf die oben bezeichnete Erklärung der preussischen Kammern zählen, so wäre allerdings diese Rücksicht allein durchschlagend. Aber wie steht es mit jener Sicherheit? Wo wird denn überhaupt die Majorität der zweiten Kammer sein? Auf der Seite der Verfassung vom 5. Dec. oder dagegen? Und wenn nun auch die Mehrheit nicht Lust hat, das Labyrinth der Revolution von Neuem zu betreten, ist dann dieselbe Mehrheit, für die deutsche Sache, für ein Aufgeben des preussischen Particularismus, für ein deutsches Kaiserthum, das durch alle Verträge, alle Legitimitätsrücksichten einen gewaltigen Strich zieht und sich lediglich auf den vernünftigen Willen des Volkes, und auf die innere Nothwendigkeit der gewordenen Dinge stützt? Hat denn die „Kreuzzeitung“ keine Vertreter nach Berlin gewonnen und werden sich diese gottlosen Frevler an deutscher Ehre und Vernunft herbeilassen, unsern Gagern ein Vertrauensvotum zu geben, diesem „Genossen von Hecker und Struve“? Daß auf die Linke nicht, nicht einmal auf das linke Centrum zu rechnen ist, weiß man. Wo soll da also eine Mehrheit für jene Erklärung herkommen?“ — Das lautet nun freilich trostlos und unerquicklich genug; indessen scheint uns der Correspondent der „Reichszeitung“ durch eine getrübe Brille zu sehen. Wir vermögen heute noch nicht so schlimm von der preussischen Kammermehrheit zu denken wie er, und halten es lieber mit jener Stimme, die ebenfalls den Blick von Frankfurt nach Berlin gewendet, aber weniger muthlos in der „Kölnischen Zeitung“ ausruft: „Die Entscheidung liegt in den Händen Preußens. Wenn Regierung und Kammern in Preußen einmütig in dem Entschlusse sind, unbekümmert um österreichisch-russische Drohung die Freiheit der deutschen Einzelstaaten zu einer bundesstaatlichen Einigung aufrecht zu erhalten, so wird das Verfassungswerk der Reichsversammlung ins Leben treten und kein Staat, Bayern nicht ausgenommen, wird sich dem neuen Bunde entziehen können oder wollen. Daß die Entscheidung in Berlin erfolgt, begreift man hier vollkommen und der Entschluß der preussischen Regierung den Zusammentritt der Kammern nicht hinauszuschieben, findet deshalb in den Reihen der Majorität die einstimmigste Billigung. Wir leben der Hoffnung, die preussischen Stände werden von der deutschen Mission Preußens, die aus seiner ganzen Geschichte so unverkennbar hervortritt, sich durchdringen zeigen. Nicht daß es in Deutschland aufstehe, verlangt man, sondern daß es Deutschland vorauflage, wenn es gelten sollte, die Einheit mit dem Schwert zu erkämpfen.“ — Das ist derselbe Ton, dieselbe Sprache, die in allen preussischen Blättern wiederhallt, die verhältnismäßig wenigen radicalen und die schwarz-weißen Schwärmer der heiligen Kreuzzeitung abgerechnet; das ist wohl auch die Meinung des preussischen Volkes. Warum sollte sie nicht auch die seiner Vertreter sein und in den Kammern ihren Ausdruck finden?

† **Aus Oesterreich**, 19. Febr. Ein Brief, der dem „Lloyd“ aus Pest unter dem 15. Februar zugeht, stellt eine große entscheidende Schlacht in Aussicht, die nächster Tage an der Theiß gegen die Magyaren geschlagen werden soll. Es gehen deshalb ansehnliche Verstärkungen zur Theißarmee ab: sammt der Brigade Neustädter die in Pest stationirten Bataillone, zusammen mindestens 11,000 Mann. Die Agentur der Dampfschiffahrtsgesellschaft in Pest hat deshalb den Befehl erhalten, sieben Remorqueurs und neun- undzwanzig Schleppschiffe zu dem Transporte der kaiserlichen Truppen bereit zu halten. Als Tag der Abfahrt wird der 17. Februar bezeichnet. Ein Employé bei dieser Gesellschaft, früher Feldwebel in österreichischen Diensten, ein geborner Ungar, ward gestern verhaftet, und fand diese Verhaftung in Folge der Untersuchung hinsichtlich des vorigen Sommer auf der Schiffbrücke an dem k. Commissär Grafen Lamberg verübten Mordmordes statt. Das Donauufer oberhalb der Kettenbrücke wird auf beiden Seiten verpallisadirt und werden die bezüglichen Arbeiten mit großer Energie betrieben.

Die Besatzung von Komorn hat ein schwerer Schlag betroffen. Den kaiserlichen Truppen fiel nämlich eine Proviantzufuhr von 15,000 Laib Brod in die Hände, die für die besagte Garnison bestimmt war. Am 16. Morgens ist von Pest eine große Streitmacht längs der Wainzerstraße abmarschirt. Sie bestand aus Jägern, Grenadieren und schwerer Reiterei. Die eigentliche Marschroute dieses viele Tausend Mann zählenden Corps ist unbekannt.

Neber das Gefecht bei Szentä im Banate berichtet die „Belgrader Zeitung“, daß in dem gleichnamigen Dorfe 20,000 bewaffnete Bauern lagen, die sich gegen die Serben zur Wehr stellten, so bald sie aber der Flucht der Honveds anichtig wurden, diesen mit Degen und Haken nachsetzten und mit den Serben gemeinschaftliche Sache machten. Die magyarischen Truppen, die noch im Banate weilen,

stehen unter dem Commando der ungarischen Generale Damjanic und Vetter.

Aus Agram wird geschrieben, daß sich die Festung Esseg, ohne einen Angriff abzuwarten, am 13. d. M. den k. k. Truppen ergeben und die Garnison am 14. um 9 Uhr früh die Waffen gestreckt habe. Nugent soll den Auftrag gehabt haben, sich mit den Rebellen in keinerlei Unterhandlungen einzulassen, sondern Unterwerfung auf Gnade und Ungnade zu fordern; deßhalb sei er gesonnen gewesen, die Festung durch eine strenge, anhaltende Cernirung zur Unterwerfung zu zwingen, weil er sie durch ein Bombardement nicht zu Grunde richten wollte. Allein der Umstand, daß sich die Besatzung, mit Lebensmitteln reichlich verproviantirt und mit großen Munitionsvorräthen versehen, wohl geraume Zeit noch halten und die Stadt durch zeitweises Beschießen bedeutend hätte beschädigen können, den Commandirenden zur Annahme der Capitulation bewogen haben, die die Magyaren vorgeschlagen und auch unter günstigen Bedingungen abgeschlossen haben. Es wird nämlich der Besatzungsmannschaft vom Feldwebel abwärts Generalpardon ertheilt, dieselbe müßte aber die Waffen abliefern und den Eid der Treue gegen den Kaiser schwören; die in die Reihen der k. k. Truppen einzutreten wünschen, werden sofort eingetheilt, die Uebrigen nach Hause entlassen; dies erstreckt sich auch auf die Honved-Offiziere, welchen überdies das Tragen der Seitenwaffe, nachdem sie den Eid abgelegt haben werden, gegen die kaiserliche Armee nicht mehr zu sechten, gestattet worden sein soll. Die Offiziere, die vormals in der k. k. Armee gedient haben, werden vor ein Kriegsgericht gestellt, die Mannschaft der ehemaligen k. k. Regimenter erhält, gleich der Honvedmannschaft und deren Offizieren, unter denselben Bedingungen Generalpardon. Die Festung wird den Belagerungstruppen sammt allem Proviant, Geschützen und Munitionsvorräthen sofort übergeben. Diese Capitulationsbedingungen dürften auch die Besatzungen der übrigen Festungen, die sich noch in feindlichen Händen befinden, zur Uebergabe bewegen; namentlich soll sich Peterwardein zur Unterwerfung unter nicht unvortheilhaften Bedingungen schon früher bereit erklärt haben. Gegen diese Festung wird sich jetzt ein Theil der in Esseg concentrirten Truppen ungesäumt in Bewegung setzen, und eine Capitulation unter ähnlichen Bedingungen wie in Esseg ist mehr als wahrscheinlich. — Die Einnahme von Arad soll den Serben beträchtlichen Verlust gekostet haben; Semliner Briefe geben die Zahl der auf dieser Seite Gefallenen auf 2000 an, während die Magyaren weit mehr Opfer einbüßten; die Zahl der Todten und Schwerverwundeten wird sogar auf 10,000 angesetzt, was jedoch übertrieben scheint. Die Honveds, commandirt von Damjanic und Vetter, haben sich aus Arad an die siebenbürgische Grenze zurückgezogen.

Ein offizieller Bericht des Zipser Truppencommandanten bringt die Nachricht, daß Görgey mit seiner Bande einen Einbruch in Galizien beabsichtigt habe, daß er jedoch vom J. M. L. Grafen Schlik gegen Debreczin zurückgedrängt worden sei. Görgey's Corps verlor in einem Gefechte zwei Kanonen und wird von der Schlick'schen Brigade (die demnach nicht aufgerieben wäre, wie man der „Ep. Jtg.“ schrieb?) verfolgt.

Joseph Esenkly aus Hetze, Eisenburger Comitats, in Ungarn gebürtig, Apothekergehilfe in Pestburg, überwiesenen mehrere Waffen und Munition ungeachtet des bestehenden Verbotes verheimlicht zu haben, wurde zu einer vierjährigen Kerkerstrafe verurtheilt.

**Von der moldauischen Grenze**, 10. Febr., wird der „Allg. Jtg.“ der Einmarsch der Russen in Siebenbürgen bestätigt. In Folge wiederholter dringender Aufforderung des J. M. L. Puchner, der am 21. und 23. v. M. den General Bem bei Hermannstadt mit wechselndem, jedenfalls aber mit entschiedenem Erfolg angegriffen, ließ General Lüders am 31. v. M. aus der Walachei an zwei verschiedenen Punkten russische Truppen (einswetlen 5000 Mann mit 20 Kanonen) unter Anführung des Generals Engelhardt und des Obersten Skariat in Siebenbürgen einrücken. Der erstere hat Kronstadt, der zweite Hermannstadt besetzt, nachdem der österreichische General Schuster, der Uebermacht der Szekler weichen, Kronstadt preisgegeben, und mit seinen hart bedrängten Streitkräften die Grenze der Walachei überschritten, um durch dieses Land und unter dem Schutze der an der Grenze aufgestellten Russen nach Hermannstadt zu marschiren. Der russische General Engelhardt hat auch bereits am 4. d. M. die Szekler nach einem mehrstündigen hartnäckigen Gefecht bei Kronstadt auf's Haupt geschlagen und über den Ort (Aluta-) Fluß gejagt. Die Zahl der Szekler, die an diesem Gefecht theilgenommen haben, wird von russischen Berichtserstattern auf 6000 Mann geschätzt, während General Engelhardt 2500 Russen, 2000 Siebenbürger Romanen und 600 k. k. österreichische Husaren, die sammt dem österreichischen General Schuster seinem Commando untergeordnet wurden, ins Treffen führte.

**Berlin**, 21. Febr. Die Stadtverordneten haben am 19. d. M., nachdem die ablehnende Antwort des Magistrats in Betreff der Aufforderung der Stadtverordneten, sich bei dem Antrag um Aufhebung des Belagerungszustandes unserer Stadt zu betheiligen, mitgetheilt war, beschlossen, diese Angelegenheit bis nach Zusammentritt der Kammern zu vertagen und abzuwarten, ob nicht von Seiten des Ministeriums selbst oder aber von den Kammern Schritte zur Aufhebung des Belagerungszustandes gethan werden. (Nat.-Z.)

Der „Köln. Jtg.“ werden bereits folgende vier königliche Botschaften namhaft gemacht, welche den Kammern bei der Eröffnung werden vorgelegt werden. Die erste davon betrifft den Entwurf eines Gesetzes wegen Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen und einer anderweitigen Veranlagung der Grundsteuer im Allgemeinen und weicht wesentlich von dem seiner Zeit vom Minister Hansmann vorgelegten Entwurfe ab; die zweite bezieht sich auf die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer; die dritte beabsichtigt eine Abänderung des Gesetzes vom 24. Sept. zum Schutze der persönlichen Freiheit (Habeascorpus-Akte), und die vierte ist endlich eine umfangreiche Denkschrift,

welche die „demokratischen Wählereien“ und die daraus hervorgehenden Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung darlegt, und die Rechtfertigung des über Berlin verhängten Belagerungszustandes und des Antrags auf eine noch weitere Fortdauer desselben bezweckt. Die Vorlage der seit Auflösung der Nationalversammlung vom Ministerium octroyirten Gesetze behufs der nachträglichen Genehmigung seitens der Kammern wird natürlich den Inhalt fernerer königlicher Botschaften ausmachen.

In einer größeren Gesellschaft bei dem General Wrangel kam jüngst auch das Gespräch auf die wahrscheinliche Feier des 18. März, und es wurde dem General namentlich mitgetheilt, daß man diesen Tag durch einen ungeheueren Zug nach dem Friedrichshaine zu feiern gedenke. „Ich habe gegen diesen Zug durchaus nichts“, erwiderte der General, „auch ich werde denselben vielmehr mit 20,000 Mann Soldaten mitmachen und dann mit den Feiern weiter über die Feier zu sprechen wissen.“ (K. Z.)

In **Halle** ist der Buchdruckereibesitzer Schmidt als Verleger der „Demokratischen Zeitung“ wegen formeller Verstöße gegen das Preßgesetz auf ein Jahr, sowie aus ähnlichem Grunde dessen Factor Ebner auf acht Monate zu Gefängnißstrafe in erster Instanz verurtheilt worden. (Magd. Z.)

**Elberfeld**, 19. Febr. Auf Veranlassung des politischen Clubs wurde hier gestern Nachmittags eine Volksversammlung gehalten, welche vorzugsweise den Zweck hatte, die Publication der deutschen Grundrechte auch für Preußen als dringlich geboten zur allgemeineren Verständniß zu bringen. Herr Dr. Höpster hatte aus diesem Grunde eine Adresse an das Staatsministerium in Berlin entworfen, die mit mehreren Hundert Unterschriften bedeckt ward. (Düsseld. Z.)

**Hildesheim**, 21. Febr. Gestern ging von hier aus eine Adresse zu Gunsten des Erbaisertums an die deutsche Nationalversammlung ab.

**Köln**, 22. Febr., Nachmittags. In Deutz fand heute die Wahl eines Abgeordneten zur zweiten Kammer an die Stelle des Herrn Aldenhoven statt, welcher die auch in Neuf auf ihn gefallene Wahl angenommen hatte. Von vielen Wahlmännern wurde Protest gegen die Abhaltung der Wahl eingelegt, weil sich ergab, daß die Wahlmänner aus vier Bürgermeistereien nicht eingeladen waren, indeß wurde eine Wahl vollzogen und gewählt der frühere Abgeordnete Herr A. Gladbach.

† **Hannover**, 21. Febr. Noch immer keine Entscheidung. Die Ministerkrise dauert fort. Man erzählt, daß die sämtlichen Landdrosten unseres Königreichs hier anwesend sind, um an der Construirung eines neuen Ministeriums wirken zu helfen. Wenn in Berlin Ministerkrisen vorhanden waren, so wurden sehr oft die Oberpräsidenten herbeigerufen, um ein neues Ministerium ins Leben zu rufen; bei uns übernehmen jetzt die Landdrosten eine solche Rolle. Seltsam, daß sich das in Hannover immer im Kleinen zu wiederholen pflegt, was sich in Preußen in anderer Weise ereignete. Wenn übrigens behauptet wird, daß der Landdrost Meyer aus Hildesheim, früher Mitglied der Reichsversammlung in Frankfurt, mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt sei, Andere dagegen versichern, daß ein Ministerium „Kütken“ (dieser Herr, gegenwärtig Landdrost in Osnabrück, war der wärmste Freund des verstorbenen Herrn v. Schele) bereits fertig sei, so dürfte in diesem Augenblicke wohl noch an beiden Angaben zu zweifeln sein. In der heutigen Sitzung zweiter Kammer ward nämlich die Eingabe der Minister, welche sie hinsichtlich ihrer Entlassung am 13. dieses Monats an den König Ernst August gerichtet haben, sowie dessen Antwort auf dieselbe verlesen. In dem Ministerialschreiben ist alles das gegen die Grundrechte wiederholt, was wir bereits wissen. Der König bedauert in seiner Antwort, daß ein Ministerium zurücktreten wolle, welches sein Vertrauen besessen und die Regierung gut verwaltet habe. Er will in der deutschen Frage einen ständigen Beschluß abwarten, um darnach eine weitere Entscheidung hinsichtlich der Bildung eines anderen Ministerium zu fassen. Das ist der wesentliche Inhalt. Stüve saß allein auf der Ministerbank und sprach einige Worte mit gedrückter Stimme. Auf Antrag des Abg. Windhorst vertagte sich die Versammlung gegen 1½ Uhr Nachmittags bis morgen, was auch gestern der Fall war. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die Wahl des Reichstagsabgeordneten v. Neben zum hannoverschen Volksvertreter für ungültig erklärt, hauptsächlich aus dem Grunde, weil Hr. v. Neben sich noch im preussischen Staatsdienste befindet. v. Neben ist übrigens Hannoveraner und im hiesigen Lande mit Grundstücken angelegen. — In der ersten Kammer wird in diesem Augenblicke darüber berathen, ob man sich in der Frage über die Grundrechte dem Beschlusse der zweiten Kammer anschließen will, oder ob man die commissarische Verhandlung dieser Angelegenheit festhalten soll. Wahrscheinlich wird das Letztere von Neuem beschlossen werden. Dann wird es zu Conferenzen kommen, wodurch viel Zeit verloren gehen wird. Die Sitzung dauert noch fort. Die Mehrheit der zweiten Kammer und mit ihr die Mehrheit des hannoverschen Volksstammes wird aber unerschütterlich festhalten an den Grundrechten des deutschen Volkes!

Das oben erwähnte Schreiben des Königs an das Ministerium lautet nach der „Morgenszeitung“, wie folgt:

„Meine Herren! Aus Ihrem Schreiben vom 19. d. M. habe ich gesehen, welche Abstimung in zweiter Kammer Sie hat veranlaßt, Ihre Entlassung einzugeben. Ihre Gründe kann ich nur richtig halten, aber ich beklage die Sache sehr, weil ich nicht glaube finden zu können ein Ministerium von patriotischen Männern, welche mein Vertrauen und das des Landes verdienen. Bevor ich Ihre Entlassung annehme, ich werde erwarten müssen das Schreiben der Ständen, und wenn das so ist als Sie glauben es wird sein, so muß ich versuchen, ob ich kann finden ein Ministerium von ehrlichen Männern. Sie haben, meine Herren, in Ihrer Verwaltung mit großer Umsicht und Rechtfertigung Grundstücke aufgestellt, und ich beklage das Land, das die Ausführung nicht soll von Ihrer Hand haben. Kein Mann kann eine Sache so ausführen, wie sie ihm ein anderer hat gemacht. Ich da fe Ihnen, meine Herren, für Ihre bisherigen Dienste, und kann es nicht anders sein, so“ — (hier wiederholt das Schreiben, daß der König



alsdann sich bemühen werde, ein anderes Ministerium zu finden; aber erst dann könne er die Minister entlassen. Das Schreiben schließt so: „Auch wenn wir müssen uns trennen, behalten Sie das volle Vertrauen Ihres Königs.“

Freudentheil hat in der heutigen Sitzung der 2. Kammer angezeigt, daß die Mehrheit des Adressenausschusses beschlossen habe, während der Ministerkrise keinen Entwurf vorzulegen; er selbst habe mit v. Garssen, Göbels, Ellissen und Wyneken gegen diesen Beschluß gestimmt und behalte sich einen Antrag auf eine einseitige Adresse vor.

Daß übrigens das hannoversche Volk ein besseres Stück auf die Grundrechte hält, als z. B. ein großer Theil der Bayern, geht aus den mannigfachen Demonstrationen hervor. Täglich gehen Adressen und Petitionen für die unbefristete Anerkennung der Grundrechte in der Kammer ein und während der beiden Tage, wo die Verathung über das Ministerialschreiben vom 10. Febr. stattfand, hat eine hannoversche Verlagsanstalt achttausend Exemplare der Grundrechte verkauft.

**Emden, 17. Febr.** (Distr. 3.) Der österreichische Oberst von Rudraffsky ist in Begleitung mehrerer hannoverscher Offiziere hier eingetroffen, um die Verhältnisse der Hafenanlagen in Emden zu untersuchen.

**(Vom Oberhein, 20. Febr.)** Die kritische Lage, in welcher das Verfassungswerk und die deutsche Einheit durch die vor etwa zwei Monaten begonnene neueste Wendung gerathen sind, erregt bei unbefangenen theilnehmenden Freunden der Freiheit und Macht des Vaterlandes bange Besorgnisse. Um die rechten Heilmittel anzuwenden, muß man die Krankheit kennen, und ihren Verlauf von Anfang an beobachten. Erlauben Sie einem Manne, welcher in öffentlichen Dingen einige Erfahrungen gesammelt hat, seine Beobachtungen in wenigen Sätzen niederzulegen; ob sie richtig sind, mögen Kundigere beurtheilen. Gegen die Mitte des December wurden die Herren v. Schmerling und v. Bülow aus dem Reichsministerium gedrängt. Dadurch wurde die Ueberwindung des deutschen Erbübels der Uneinigkeit erschwert. Man hätte behaupten können, daß die Anwesenheit österreichischer Mitglieder im Reichsministerium das Einheitswerk erschwere, aber Niemand konnte beweisen, daß Herr v. Schmerling einen schädlichen Einfluß geübt habe. Er wurde beseitigt durch das ungeheure Verlangen der Norddeutschen, denen die Gegner eines jeden möglichen Ministers dabei nicht im Wege standen. Herr v. Schmerling, tief verletzt, ging nach Ulm, und was ihm früher mit Unrecht schuld gegeben ward, das mochte jetzt zur Wahrheit werden; jetzt begann die österreichische Intrigue. Bis dahin war Gager's Erklärung auch die Erklärung Oesterreichs gewesen; das Programm von Kremser vom 27. Novemb. hatte Deutschland und Oesterreich als zwei in der Umbildung begriffene Staatskörper neben einander gedacht; ihre staatliche Verbindung dem Zeitpunkt vorbehalten, wo sie zu neuen, festen Formen gelangt sein würden. Mit dem Eintreffen des Herrn v. Schmerling in Ulm änderte sich die Anschauung. Wir begreifen zwar nicht, wie er in der Paulskirche sagen mochte, er habe die Ansichten in Ulm berichtigt, aber wir glauben, daß er vorzugsweise die Aenderung bewirkt hat. Er kehrte als Bevollmächtigter nach Frankfurt zurück und von dieser Zeit an entwickelten sich die Bestrebungen, den werdenden deutschen Bundesstaat nicht aufkommen zu lassen. Dahin zielt die Parteibildung für ein Directorium und für die Abschwächung der künftigen Reichsgewalt. Man hofft, die Linke durch Concessionen für sogenannte Volksfreiheiten zu gewinnen, welche weiter Blickende als eben so viele Mittel erkennen, die Macht Deutschlands im Keime zu ersticken, und daher mit Vergnügen sich abdingen lassen. Man bemüht sich ferner, das Ministerium Gager zu stürzen, während man ihm in das Gesicht Freundschaft heuchelt. Diese Versuche gibt in plumpster Weise die „Frankfurter Zeitung“ kund, das Organ des Herrn v. Schmerling. Sie spricht schon von einem Ministerium Radowicz, schmätzt die Mitglieder des Reichsministeriums, zieht sogar die Person des Reichsverwesers in ihre Polemik und stellt sie dem Ministerium feindlich gegenüber, verräth endlich Spuren, welche auf ein Spürsystem bis in die Kanzleien des Reichsministeriums hinweisen. Diese Beobachtungen habe ich aus dem Lesen der Zeitungen entnommen und schöpfe daraus die Verhütung, daß solche Mittel, sobald sie jedem Zeitungsleser erkennbar werden, zwar kritische Augenblicke herbeiführen, aber doch die deutsche Verfassung nicht ernstlich gefährden können. Ob sie aber nicht die Achtung vor denen gefährden, welche sie anwenden oder sich als Werkzeuge verwenden lassen, — das ist eine andere Frage.

**Mannheim, 20. Febr.** Die seit 3—4 Tagen angeordnete Bedeckung der Eisenbahnzüge durch das Militär geht durch das ganze Land und beweist, daß die Befürchtungen eines Putschs noch immer fortdauern; namentlich wird uns der April als der entscheidende Monat bezeichnet. Zum Heerschaarenführer will man nun Ober-Lieutenant Schick wählen, welcher im Staatsgefängnisse zu Rastatt sitzt und aus dem Militär zu treten beabsichtigt.

**Kassel, im Febr.** Die „Blätter des Nationalen Vereins für Deutschland“, veröffentlicht durch den Vorort dieses Vereins — eine Zeitschrift, deren vier erste Nummern bereits erschienen sind, welche auf dem Grunde des vom Nationalen Verein im November v. J. beschlossenen Programms die Sache der politischen Nationalität und Einheit Deutschlands würdig und gründlich vertritt — geben in Nr. 3 und 4 (vom 12. d. M.) einen schätzbaren Beitrag zur Geschichte der Behandlung der Frage vom deutschen Reichsoberhaupt in unserem besondern Vaterlande durch die Mittheilung dessen, was in Beziehung auf den Beschluß der Ständeversammlung vom 5. v. M. und der darauf in der Sitzung vom 23. v. M. vom Landtagscommissar gemachten Mittheilung, zwischen dem Ausschuss und der Regierung verhandelt worden ist. Der Ausschuss fand nämlich die bekannte Mittheilung über die kurzheftigen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ertheilte Instruction nicht genügend und ersuchte die Regierung namentlich darüber um weiteren Aufschluß: Wer unter dem Ausdruck „Bundesgenosse“ verstanden sei, ob Oesterreich oder Preußen,

Bayern oder Baden, — ob die Bereitwilligkeit der Regierung zu den im deutschen Interesse nöthigen Opfern jetzt schon von den betreffenden Bundesgenossen getheilt, oder ob sie dießseits von einer künftigen Zustimmung derselben mit abhängig gemacht werde; ob endlich der Schlusssatz der Note einen Vorbehalt des Vereinbarungsprinzips ausdrücken solle. Nachdem der Minister des Aeußern in einer mit dem landständischen Ausschusse abgehaltenen Conferenz die nachträgliche Erklärung abgegeben: daß die fragliche Note mit der ohnlangst erschienenen badischen eine gleiche Tendenz habe und daß die Regierung bei dem Ausdruck „Bundesgenosse“ die mit Kurhessen in gleicher Lage sich befindenden Staaten, namentlich Baden und Hessen-Darmstadt, im Auge gehabt habe, — daß unter der „endgültigen Feststellung“ keinesweges eine Vereinbarung mit den Einzelstaaten verstanden und die Erblichkeit des Reichsoberhauptes nur aus dem Grunde nicht erwähnt worden sei, um der Entscheidung der Nationalversammlung nicht vorzugreifen, — stellte der Ausschuss in der Sitzung vom 6. Febr. den Antrag, welcher nach einer längeren Debatte angenommen wurde.

### Italien.

**Florenz, 12. Febr.** Das Decret, welches die provisorische Regierung am 10. erlassen hat, bestimmt, daß die Festsetzung der toscanischen Verfassung Sache der italienischen Constituante sei, fest aber inzwischen folgende Bestimmungen fest: 1) Die Generalversammlung und der Senat sind abgeschafft. 2) Die gesetzgebende Gewalt beruht in einer einzigen Versammlung, welche durch directes allgemeines Stimmrecht erwählt wird; sie soll aus 120 Mitgliedern bestehen, und sich am 15. März versammeln. (Weitere Wahlvorschriften.) 3) Ein Entwurf für unmittelbare Organisation der italienischen constituirenden Versammlung soll schleunigst der Versammlung vorgelegt werden. — Die Blätter von Florenz melden die Beendigung der Unordnungen zu Empoli. General Apice, der von der provisorischen Regierung mit Truppen nach dieser Stadt und den benachbarten Orten abgesandt wurde, hatte keine große Mühe, seine Aufgabe zu erfüllen.

### Frankreich.

**\* Paris, 20. Febr.** Ueber die von Cavaignac in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung an Leon Faucher und Changarnier gerichteten Interpellationen bemerkt der heutige „Moniteur“: „Die Sitzung der Nationalversammlung bot einen bedauerlichen Zwischenfall, der den Grundsätzen des Regierungswesens gänzlich widerspricht. General Cavaignac forderte die Versammlung auf, über die Angriffe zu urtheilen, denen er in dem Journal „Union“ ausgesetzt war, begnügte sich aber nicht, seine Fragen an den Minister des Innern zu richten, der keineswegs Anstand nahm, ihm zu antworten, sondern dehnte sie sogar auf den General Changarnier, den Oberbefehlshaber aller Militärfürsten in Paris und der Bürgerwehren des Seine-Departements, aus. Der ehrenwerthe Repräsentant, welcher die Initiative jener Interpellationen ergriff, war derselbe Mann, dem Frankreich während sieben Monaten das Regierungsruder anvertraute. Derselbe Repräsentant, auf den sich die Interpellationen außerhalb des Ministeriums bezogen, durfte daher keinen Augenblick gestatten, daß auch nur der leiseste Verdacht auf ihm ruhe, als habe er die beleidigenden Angriffe, welche gegen die Ehre seines ehemaligen Waffengefährten gerichtet worden sind, verursacht oder darum gewußt. Ebenso wenig konnte das Ministerium einer Debatte Grenzen zu ziehen suchen, welche persönliche Angelegenheiten seiner Vorgänger in der Regierung betraf. Aber eben die außergewöhnliche Natur dieses Vorfalles legt der Regierung die Pflicht auf, sich gegen jede Wiederholung zu verwahren. Sie kann nicht zugeben, daß man daraus das Recht folgere, sich künftig ähnliche Abweichungen oder Persönlichkeiten in dem Verkehr der Nationalversammlung und des Ministeriums zu erlauben. Das Ministerium nimmt die Verantwortlichkeit aller Handlungen der Executivgewalt, gleichviel an welche Sprosse der politischen oder administrativen Stufenleiter (hierarchie) sie sich knüpfen, für sich allein in Anspruch. So lange die Minister auf ihren Bänken sitzen und sich verantwortlich erklären, darf Niemand einen Beamten, wie hoch er auch immer stehe, zur Rechenschaft fordern, weil sie ihn mit ihrer Verantwortlichkeit decken. Wennes erlaubt wäre, außer den Ministern auch andere Vollstrecker der Executivgewalt vor die Schranken der Nationalversammlung zu fordern, so fände sich der Grundsatz der Verantwortlichkeit des Ministeriums vernichtet. Es gäbe keine Regierung mehr. Dem Grundsatz nach, verantwortet das Ministerium das Thun und Lassen aller Beamten so lange, bis es sie verleugnet. Ihm allein steht es zu, von ihnen Rechenschaft zu verlangen, sie zu billigen oder der öffentlichen Meinung zu überlassen, wenn es ihr Handeln nicht billigt. Das Ministerium allein ist wahrhaft und direct verantwortlich. Das sind die wahren Grundsätze des Regierungswesens, welche in einer Zeit, wo man an einem Tage das Ministerium oft drei Mal von der Bühne herab zur Rechenschaft gezogen sieht, um so notwendiger in Erinnerung gebracht werden müssen.“

**\*\* Paris, 21. Febr.** Dem „Journal des Debats“ ist aus Brüssel die Nachricht zugegangen: Colloredo habe bei Eröffnung der Brüsseler Conferenzen erklärt, daß Oesterreich sich sofort zurückziehen werde, wenn nicht sämtliche Theilnehmer im Namen ihrer Cabinete die Erklärung abgaben, daß sie die Wiener Verträge von 1815 als Grundlage der Verhandlungen annehmen. Oesterreich und seine Bundesgenossen (Preußen und Rußland) seien fest entschlossen, jene Verträge in ihrem ganzen Umfange aufrecht zu halten.

Eine andere Nachricht von der größten Wichtigkeit ist, daß die österreichische Regierung den Repräsentanten der verschiedenen Mächte in Wien eine Note zugestellt hat, in welcher sie gegen die Absetzung des Großherzogs von Toscana protestirt und sich schließlich kraft der Ansprüche Oesterreichs auf Toscana ihr Recht vorbehält, für den Fall nämlich, daß Großherzog Leopold keine männliche Erben hinterlasse.

Die Nationalversammlung beschäftigte sich in ihrer

heutigen Sitzung mit der Fortsetzung der Verathung des Wahlgesetzes. Bei Gelegenheit des Art. 60 entspann sich eine längere Debatte. Die Commission hatte vorgeschlagen, daß zu jeder Wahl mindestens der achte Theil der Stimmen nothwendig sei. Diefem entgegen beantragte Wolowski als Minimum den fünften Theil, Kerdel etwas weiter gehend den sechsten Theil. Der Commissionsantrag wurde indeß angenommen. Zu einer heftigen Discussion gab Art. 73 Anlaß. Derselbe handelt von der aus gerichtlicher Beurtheilung herrührenden Wahlunfähigkeit. Dazu nun brachte Pierre Leroux ein Amendement ein, daß auch die wegen Ehebruchs Beurtheilten wahlunfähig sein sollen. Trotz der Entgegnungen Baze's und Villault's, welcher das Amendement im Namen der Heiligkeit der Familie bekämpfen zu müssen erklärte, um diese vor der Deffentlichkeit, die den Mann, die Frau und die Kinder zugleich treffen würde, zu schützen, wurde dasselbe mit 286 gegen 229 Stimmen angenommen.

### Großbritannien.

**\* London, 20. Febr.** In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wurde die Habeas-Corpus-Suspensionsbill mit 117 gegen 23 Stimmen zur dritten Verlesung zugelassen. Hierauf machte Lord Russell eine Vorlage in Betreff einer Abänderung des von den beiden Häusern zu leistenden Eides, der in seiner bisherigen Form die Zulassung der Juden zu dem Parlament ausschließt. Er verlangte, daß von der Eidesformel die Schlusssätze: „so wahr ich ein Christ bin“, nur von Christen verlangt werden, bei der Aufnahme jüdischer Parlamentsmitglieder aber wegbekommen werden. Nach längerer Debatte wurde mit 214 gegen 111 beschlossen, über den Antrag Russell's in's Comité zu gehen.

### Nachricht.

Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Neichsverweser hat gestern die Nacht ziemlich ruhig geschlafen, der Husten nimmt immer mehr ab und wird milder; die Kräfte beginnen zuzunehmen; der hohe Patient weist täglich gern mehrere Stunden außer dem Bette.

Frankfurt, den 24. Februar 1849.

Dr. Taubes, kaiserlicher Rath.

**\* Aus München** immer noch keine Nachricht von der Lösung der Ministerkrise.

**Mom, 18. Febr.** Heute ward der Nationalversammlung ein Gesetzentwurf vorgelegt, nach welchem alle beweglichen und unbeweglichen Güter der todten Hand, also der frommen Stiftungen, religiösen Corporationen u. als Güter des Staats betrachtet und eingezogen werden; den Individuen, die demmönchischen Corporationen angehören, wird eine lebenslängliche Pension gegeben, die Güter selbst werden in kleine Stücke getheilt und den kleinen Ackerleuten und Besitzern in Erbpacht gegeben; der Gesetzentwurf kommt in Bälde zur Verathung; angenommen ward in der heutigen Sitzung ein anderer Gesetzentwurf, der den Geistlichen und den frommen Stiftungen den Verkauf liegender Güter verbietet. (N. 3.)

### Börsenberichte.

**Frankfurt, 23. Febr.** Die heutige Börse zeigte bei belebterem Umsatz etwas mehr Festigkeit und die Course diverser Effecten so wie namentlich von 3pEt. inländ. Span. stellten sich höher im Preis als gestern. 5pEt. Metall. blieben 75 1/2 pEt., 2 1/2 pEt. do. 39 7/8 pEt., Wiener Bankactien 1193 fl., 500 fl. Loose 126 1/2 pEt. G., 250 fl. Loose 8 1/2 pEt. B. Von den übrigen Anlehenlosen Kurss. 40 Rthlr. Loose 27 1/2 pEt. G., Badische 35 fl. Loose 28 3/4 pEt. G., do. 50 fl. Loose 49 1/2 pEt., Darmstädter 25 fl. Loose 22 1/2 pEt. G., ditto 50 fl. Loose 70 1/2 pEt., Nassauische 25 fl. Loose 20 1/2 pEt., Sardinische Loose 28 1/2 pEt., Poln. 500 fl. Loose 75 1/2 pEt. Rthlr. Von süddeutschen Obligationen 4 1/2 pEt. Württemberger 94 1/2 pEt., 3 1/2 pEt. do. 79 1/2 pEt. Badische 3 1/2 pEt. Obligationen 78 1/2 pEt., 5pEt. ditto vom Jahr 1848 97 1/2 pEt. Geld. Nassauer 3 1/2 pEt. Obligationen 81 1/2 pEt. ditto 5pEt. vom Jahr 1849 99 1/2 pEt. Geld. Von belgischen Obligationen 2 1/2 pEt. 43 1/2 pEt. sehr beliebt. 84 1/2 pEt., 5pEt. 90; Holland. 2 1/2 pEt. Integralen wie zu Amsterdam etwas niedriger im Cours: 50 1/2 pEt. Von Eisenbahnen bleibt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn ohne Kaufkraft mehr angeboten: 37 Rthlr., Verbauch gefragter: 74 3/4 pEt., Köln-Minden 79 1/2 pEt., Lannus 287 fl. In 5pEt. Ardoin's schon seit einigen Tagen, so wie auch heute kein Geschäft, 3pEt. inländ. Span. wegen ihrer Beförderung zu Madrid 1/4 pEt. höher im Cours: 22 1/2 pEt. G. In Wechseln heute kein bedeutender Umsatz, noch Veränderung in den Coursen sämtlicher Devisen zu bemerken; alle langen Sichten bleiben zur Gelddarlegung gesucht.

**Berlin, 24. Febr.** Staatsschuldcheine 80 bez. u. Br., Seehandlungs-Prämiencheine 93 1/2 bez., Bankantheile 89 wen., 83 mehr bez. (ohne Div.), Berlin-Hamburg 53 Br., Köln-Minden 78 3/4 u. 1/4 bez., Friedrich-Wilhelms-Nordb. 37 bis 36 1/2 bez. u. G., Rheinische 50 1/2 Br., Thüringische 50 bez., Russische 4pEt. bei Stieglitz 37 1/2 Br., Poln. 500 fl. Loose 74 1/2 Rthlr. bez., do. 300 fl. Loose 140 1/2 Br., Kurss. Prämiencheine 27 1/2 bez.

Die Börse hatte heute eine laue Stimmung, und von Fonds sind besonders Bankantheile, von Eisenbahnactien aber namentlich Berlin-Anhaltische und Friedrich-Wilhelms-Nordbahnactien im Preise zurückgegangen; das Geschäft war nur von geringem Umfang.

**Paris, 21. Febr.** Stand der Rente: 5pEt. 81. 60. — 3pEt. 49. 95. — Reapol. 79. 50. — Neue 3pEt. Span. 30. — Innere Schuld 22 1/2 pEt. — Bankactien 1995. — St. Germain-Eisenbahn 400. — Versailles, rechtes Ufer 180. — Linkes Ufer 145. — Paris-Orleans 805. — Paris-Rouen 520. — Orleans-Bordeaux 416. 25. — Orleans-Metz 340. — Rouen-Havre 335. — Marseille-Avignon 181. 25. — Straßburg-Basel 92. 50. — Nordbahn 446. 25. — Paris-Straßburg 335. — Römische Anlehen 65 3/4, 66.

Die Nachrichten aus Italien drückten die Rente etwas herunter. In Actien war das Geschäft bei steigenden Coursen bedeutend.

**London, 20. Febr.** 3pEt. Stocks 93 1/4. — 5pEt. Span. 17 1/2. — Neue 3pEt. — 4pEt. Port. 25 1/4. — 2 1/2 pEt. Holländ. 50 1/2.

**Madrid, 15. Febr.** 3pEt. 21 7/8 P., n. d. B. 21 3/4 a 13 1/6 G. — 5pEt. —

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Maaten.



Das Hauptdepot für ganz Süddeutschland von den allerwärts durch ihre gute, ja oft wunderbare Wirksamkeit und Seilkraft berühmten von den renomirtesten Ärzten geprüft und anerkannten

Goldberger'schen galvano-elektrischen

Rheumatismus - Ketten.

a Stück mit Gebrauchsanweisung 1 Zhr., stärkere 1 Zhr. 15 Sgr., befindet sich bei unterzeichnetem Handlungshaus. Diese Ketten sind ihrer vorzüglichen heilkräftigen Wirksamkeit wegen gegen acute und chronische Rheu-



matismen, Gicht und Nervenleiden aller Art, als: Kopfschmerz, Gesicht- und Halsweh, Zahnschmerzen, Ohrenschmerzen, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreizen, Krämpfe, Herzklappen, Schlaflosigkeit, Rufe und andere Entzündungen, Parthiegeit u. s. w. gewissenshaft zu empfehlen. Als ein sehr vorzügliches Präservativ-Mittel werden diese Ketten auch von Müttern und Ammen während des Stillens (zwischen den Schultern) getragen, indem sie durch den fortwährenden unerschütterlichen galvano-elektrischen Reiz die Störung des Blutumlaufs verhindern, und sonach jeden Schreck u. wirkungslos machen. — Jede Kette ist in einem Kästchen wohlverpackt, welches auf der Vorderseite die Firma „J. E. Goldberger in Tarnowitz“ und auf der Rückseite das Wappen der freien Bergstadt Tarnowitz trägt, und sind nur derartig verpackte Exemplare als echt zu betrachten. Den 1. Februar 1849.

Die Knopf- und Kurzwaaren-Handlung und General-Agentur von A. J. Stiebel in Frankfurt a. M., Schmurgasse 23. NB. Briefe und Gelder unter meiner Adresse werden franco erbeten und kann auf Verlangen auch der Betrag pr. Postvorschuß erhoben werden.

[498]

Bekanntmachung.

Hochstraße Nr. 6 sind vom 1. Juni d. J. an nachbezeichnete Wohnungen zu vermieten:

1) Im ersten Stock besteht die Wohnung aus 1 Salon, 7 Zimmern, Küche mit Wasserleitung, Speisekammer, 2 heizbaren Mansardstufen, 1 Kammer, 3 Kellerrabtheilungen, Waschküche, Mitbenutzung des Gartens. Der Nebenbau, der mit dem Haupthause mittelst Gallerie in Verbindung steht, enthält 4 Zimmer und mehrere Kammern. Stallung und Remise kann zu dieser Wohnung abgegeben werden.

2) Im zweiten Stock besteht die Wohnung aus 1 Salon, 7 Zimmern, Küche mit Wasserleitung, Speisekammer, 2 heizbaren Mansardstufen, 1 Kammer, 2 Kellerrabtheilungen, Waschküche, Mitbenutzung des Gartens. Aus beiden Wohnungen hat man die schönste Aussicht nach dem Gebirge.

Näheres zu erfahren bei dem Eigentümer, Hochstraße Nr. 6 im zweiten Stock.

[481]

Riffinger Mineralwasser.

Bei herannahender Frühlingszeit, welche sich zu Brunnenkuren besonders eignet, erlauben wir uns, sowohl die Herren Ärzte, als Patienten auf die Wichtigkeit der hiesigen Heilquellen, besonders des weltberühmten Ratoxy aufmerksam zu machen.

Die Wunderkräfte des Ratoxy in verschiedenen Krankheiten sind bekannt, und es ist durch die Erfahrungen der vorzüglichsten Ärzte dargelegt, daß durch den Gebrauch des Ratoxy seit nicht selten die hartnäckigsten Krankheiten mit dem glänzendsten Erfolge auch dann noch geheilt wurden, wenn bei denselben Patienten andere Heilmittel vorher vergeblich angewandt worden waren.

Die frühesten diesjährigen Füllungen des Ratoxy und der übrigen Riffinger Mineralwasser, sowie deren Versandt haben bereits begonnen, und können daher von heute an Aufträge bestens ausgeführt werden. Bad Riffingen, 21. Februar 1849.

Gebrüder Volzano.

[384]

Freiwilliger Verkauf.

Die Erben des verstorbenen Hauptmanns Bretthauer beabsichtigen, ihre erbschafts- beziehungsweise eigenthümliche Besitzung zu Leiborn bei der Stadt Wengeringhausen im Fürstenthum Waldeck zu verkaufen, und haben zu deren Ausbebot

Dienstag den 6. März dieses Jahres

bestimmt. Kauflustige werden sonach eingeladen, alsdann zur Vormittagszeit in dem Wohnhause zu Leiborn ihre Gebote abzugeben und darauf nach Befund den Zuschlag zu erwarten.

Die Kaufbedingungen können an diesem Tage, aber auch schon früher, bei der Frau Hauptmann Bretthauer in Leiborn und bei dem Geheimrath Hagmann in Krollen eingesehen werden.

Die Besitzung besteht aus etwa: 60 Morgen Stoll-Land, 17 Morgen Wiesen und 2 Morgen Garten, so wie aus der Berechtigung auf

[391]

Immobilien-Versteigerung.

Die zu dem Nachlaß des verlebten Herrn Baron Carl v. Horned gehörigen Immobilien in den Gemarungen Kempton und Döringelheim sollen auf freiwilliges Ansehen der Erben durch den unterzeichneten Notar öffentlich an den Meistbietenden versteigert werden.

Die in der Gemarung Döringelheim gelegenen Immobilien, bestehend in Weinbergen, Ackerfeld und einem Wohnhause sammt Scheuer, Stallung und Garten werden

Montag den 26. Februar 1849 des Vormittags 11 Uhr auf dem Gemeindehause zu Döringelheim zur Versteigerung ausgesetzt.

Die Versteigerung des Wohn- und Gasthauses zu Kempton, „zur schönen Aussicht“ genannt, findet

Mittwoch den 28. Februar d. J., Vormittags 11 Uhr

in dem Hause selbst statt.

Unmittelbar hierauf werden mehrere noch vorhandene Mobilien-Gegenstände ausbezogen. Das Wohnhaus in Döringelheim, unmittelbar vor dem Orte gelegen, bietet wegen seiner reizenden Lage einen angenehmen Sommeraufenthalt dar.

Die nähere Beschreibung der Immobilien sowie die Steigbedingungen können jederzeit auf der Amtsstube des unterzeichneten Notars eingesehen werden.

Mainz, den 10. Februar 1849.

Dr. Klein, Notar.

[504]

Gefundenes Armband.

Auf dem letzten Casino-Ball wurde ein goldenes Armband gefunden. Näheres im Casino-Local.

Der Correspondent der gefrigen Nummer der Oberpostamts-Zeitung bedauert mich, weil ich seine schwarzen Ansichten und Anschuldigungen in Beziehung auf Oesterreich nicht theile wegen meiner „verlorenen Sehkraft“. Er tadelt mich zugleich als badiſcher Bevollmächtigter, weil ich glaube, meine nach dem entgegengeſetzten Ziele leidenschaftlich feuernde Thätigkeit vereinigen zu können mit der so würdigen Politik meiner Regierung. Jedem Leidenschaftslosen kann ich ruhig das Urtheil überlassen, ob meine Behauptungen, die Ausschließung Oesterreichs, die Theilung und Verneinung des Vaterlandes und die Gefahren des Bürgerkriegs durch offene und ehrliche Vermittlungsversuche zu beseitigen — oder ob das entgegengeſetzte Bemühen und die in demselben gegen meine parlamentarischen Ueberzeugungen immer erneuerten Verleumdungen, Denunciationen und die Aufreizungen meiner Regierung, diese Ueberzeugungen des Parlamentsmitgliedes an dem Bevollmächtigten zu rächen und überhaupt die von der Gegenseite gebrauchten Mittel leidenschaftlich seien. Deshalb verzichte ich auch auf Widerlegungen der fast täglich und auch gestern wieder in der Oberpostamts-Zeitung gebäuften Unwahrheiten. Ich erwähne beispielsweise die: es beabsichtigte die von Mitgliedern der verschiedensten parlamentarischen Fractionen ausgehende Bemühung, die deutschen Oesterreicher in einem „wahren Bund es ſchaft“ mit den übrigen deutschen Brudervölkern zu einigen, gleichzeitig die Aufhebung des Bundesstaats und eine Coalition mit der Linken, ja einen Handel über die politischen Grundzüge mit ihr, während doch gegen dieses Alles schon in der Mainluft die ausdrückliche Verwahrung eingelegt wurde. Dagegen aber muß ich mit Hinweisung auf den ächten und wörtlichen Inhalt der bekannten würdigen badiſchen Erklärung vom 9. Januar mit Entrüstung die Anschuldigung gegen diese Erklärung zurückweisen, als sei sie identisch mit den vorhin bezeichneten gegnerischen Bestrebungen, Oesterreich auszuschließen und das südtliche Deutschland unter sich und mit Norddeutschland zu verneinigen und als hebe sie daher im feindlichen Gegenſatz mit meinem Bemühen, die Einheit und Einigkeit und den Frieden des Vaterlandes wo möglich zu retten. Gerne aber nehme ich dabei die von dem Correspondenten in wiederholten verdienten Lobſprüchen gegen meine Regierung ausgedrückte hohe Verehrung als eine Entschädigung für die Gefährlichkeiten gegen mich und wünsche nur, daß die erstere eben so aufrichtig und von schlauer Nebenabsicht frei sein möge als die letztere.

C. Welcker.

Berichtigung.

Nach Inhalt des „Hienographischen Berichtes“, Nr. 175, haben von den Abgeordneten aus Bayern 36 für den Antrag des Herrn Biedermann und Genossen gestimmt, gemäß welchem die Wahlbefähigung nur jenen Deutschen zugesprochen werden sollte, welche entweder a) einen eigenen Hausstand und ein volles Jahr lang unmittelbar vor der Wahl zu Gemeindefällen beigetragen, oder b) wo es noch keine Gemeindefälle gibt, irgend eine directe Steuer entrichtet haben, oder c) ein Einkommen von jährlich 350 fl. nachzuweisen vermögen. — Gegen diesen Antrag aber stimmten nur 18 Bayern, und zwar namentlich die Herren Blumröder, Christmann, Eisenmann, Fallmerayer, Geigel, Gulden, Hagenmüller, v. Hermann, Käßlein, Kitzinger, Mayer, v. Nagel, Reichard, Schmitt, Spatz, Tafel, Titus und Umscheiden. Von allen diesen Abgeordneten ist Herr v. Nagel allein der rechten Seite des Hauses beizuzählen, bezüglich desselben aber wird die Annahme einer Coalition mit der Linken durch die Thatſache ausgeschlossen, daß er einer per 21 Mitglieder ist, welche vorerst mit Herrn Wassermann für den Antrag des Verfassungsausschusses, welcher die Wahlbefähigung an die Selbstständigkeit knüpfen wollte, gestimmt hatte. — Hiernach ist die Annahme in Nr. 46 der „Oberpostamts-Zeitung“, hinsichtlich der Beteiligung der bayerischen Abgeordneten an der Abstimmung zu berichtigen.

Benachrichtigungen.

[494] Der Unterzeichnete wird die Ehre haben, auf vielseitiges Verlangen am Samstag den 24. Februar um 7 Uhr Abends im Weidenbuschsaale eine Production im Kopf- und Schnellrechnen zu geben, wozu ergebenst einlabet

B. Dase.

Die Eintrittskarten sind bei Herrn Mevi, Gasthalter im Weidenbusch, zu 30 fr. bis Samstag Abends 6 Uhr zu erhalten, und an der Kasse Abends 6 1/2 Uhr zu 36 fr.

[509] In der Literarischen Anstalt in Frankfurt (Brückhofstraße 14) ist so eben erschienen und in allen soliden Buchhandlungen zu haben:

Reimchronik des Pfaffen Maurizius.

Caput II: Die symbolischen Thiere.

Preis 24 Kreuzer.

Ein neues schweres Straferdict über alle diejenigen, die der sonst verehrten Freiheit nicht mit ruhigem Gewissen ins Auge schauen können! Die „Reimchronik“ ist eine Art Macht geworden, wenigstens beweist der ganz ungewöhnliche Absatz des ersten Heftes eine bedeutungsvolle Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf diese energischen Dichtungen. Das zweite Heft schnell seine scharfen Pfeile nach allen Seiten hinaus und man kann in Wahrheit sagen:

Wehe den Getroffenen!

Dampfschiffahrt für den Nieder- und Mittel-Rhein.

[500]

Düsseldorfer Gesellschaft.

Vom 26. Februar 1849 fahren die Boote täglich:

Von Mainz Morgens 5 Uhr nach Köln und Düsseldorf in Köln im Anschluss an den ersten Nachmittagszug nach Düsseldorf, Elberfeld u. Hamm. „Biebrich“ „5 1/4“ (Schnellboot) nach Köln und Düsseldorf in Köln im Anschluss an die letzten Züge nach Aachen und nach Minden (Berlin, Leipzig, Dresden, Bremen und Hamburg) Mont., Mittw., Donnerst. u. Samstag direct nach Arnheim (Amsterdam) u. Rotterdam Ankunft in Arnheim andern Morgen und in Rotterdam andern Nachmittag. Montag und Donnerstag direct in 3 Tagen bis London. Von Mainz Morgens 6 Uhr täglich nach Mannheim im Anschluss an den dritten Zug nach Offenburg und Kehl-Strasburg. Von Köln Morgens 5 1/4 Uhr nach Mainz in einem Tage (Schnellboot). „ „ Abends 5 1/2 „ „ Düsseldorf, Arnheim (Amsterdam), Rotterdam-London. „ „ Abends 9 1/2 „ „ Mainz nach Ankunft der letzten Züge aus Belgien (Paris) und von Minden (Berlin, Bremen, Hamburg) sowie im Anschluss an den Nachmittagszug n. Frankfurt

Der tägliche Schnelldienst zwischen Köln und Mainz wird durch die Boote „Joseph Miller“ und „Elberfeld“ versehen. Beide mit beweglichen Schaufelrädern ausgerüstet, durch welche bei außerordentlicher Schnelligkeit alle Erschütterung des Schiffes wegfällt.

Nähere Auskunft über den Dienst der Dampfboote und der damit correspondirenden Eisenbahnzüge, sowie Billete von Frankfurt a. M. bis London (via Rotterdam, Antwerpen oder Ostende) sowie bis Kehl-Strasburg und Efringen-Basel.

bei dem Agenten Herrn Georg Krebs, Zeil, der Post gegenüber, Herrn Thomas Fletcher bei den Herren Gogel, Koch & Comp., Rossmarkt, und auf dem Expeditious-Bureau im Taunus-Eisenbahnhof.

[292]

Nachricht für Auswanderer nach Nord-Amerika.

General-Agentur

der

Fahrgelegenheiten

zwischen

Havre und New-York & New-Orleans.

Ich benachrichtige hierdurch alle solche Auswanderer, welche meine Fahrgelegenheiten zwischen Havre und New-York & New-Orleans benutzen wollen, daß sie ihre Einschreibungen bei meinen, am Fuße dieser Bekanntmachung bezeichneten Herren Agenten vornehmen können, bei welchen auch das Nähere über die Bedingungen, zu welchen ich Auswanderer annehme, zu erfahren ist.

Die Fahrten zwischen Havre und New-York geschehen regelmäßig das ganze Jahr hindurch, und zwar alle 10 Tage; ebenso die Fahrten nach New-Orleans in den Monaten März, April, Mai und während der Herbstmonate.

Sämmtliche Schiffe sind dem Publicum, sowohl der Sicherheit ihrer Abfahrten, als auch ihrer innern bequemen Einrichtung wegen ganz besonders zu empfehlen.

Von Mannheim und allen unterhalb liegenden Rheinhäfen aus werden die bei mir eingeschriebenen Passagiere von einem meiner Conducteure bis Havre begleitet, der ihnen überall, wo es nöthig sein sollte, mit Rath und That an die Hand gehen wird.

Die Reise geht entweder mit dem Dampfboot bis Köln und von da mit der Eisenbahn über Paris nach Havre, oder per Dampfboot über Rotterdam nach diesem Seehafen.

Die Ueberfahrtszeit von Mannheim oder Mainz bis New-York kann durchschnittlich auf 30—35 Tage, und jene für New-Orleans auf 40—45 Tage angenommen werden.

Gegen Bezahlung einer kleinen Affecuranz-Prämie wird das Reisegepäck von den rheinischen Häfen aus bis Havre und auf Verlangen auch bis nach den Vereinigten Staaten versichert.

Mainz, im Januar 1849.

Der General-Agent

Washington Finlay.

Nähere Auskunft ertheilen meine Agenten die Herren

G. Louis Beysslag in Frankfurt a. M.  
F. A. Beaufreire „ „  
Carl Feist Mayer „ Darmstadt. „  
Franz Jos. Koehl „ Gernsheim.  
Carl Mayer „ Worms.

Heinr. Wolff in Alzei  
Florian Valt „ Fulda.  
E. S. Clever „ Gelnhausen.  
Fr. Vogt „ Dingen.

[221]

[264] In der besten Meßlage des Römerbergs ist ein großer Ecladen mit Erker messentlich oder jahrweise zu vermieten. Näheres bei

Joh. Conrad Strauch in Frankfurt a. M.

[158] 6 Farbige Herrenhemden nach der neuesten Façon gearbeitet zu 2 fl. 15 fr., feine Vieseler Leinwand das Stück von 64 Ellen für ein Duzend Hemden von 25 fl. bis zu 60 fl., weiße Leinwand Taschentücher zu 3 fl., 3 fl. 30 fr. und 4 fl. das Duzend bei

E. B. Schuster, Bleidenstraße Nr. 5.

[112] An- und Verkauf

von allen Staatspapieren, Staats-Lotterie-Anlehens-Vosfen, so wie von kandesherrlichen Obligationen mit hypothekarischer Sicherheit bei

Napheal Erlanger, beedigter Sensal in Frankfurt a. M., Zeil, Weidenhof.

[16] Ein- und Verkauf von Staatspapieren und Anlehenslotterielosfen bei Julius Stiebel junior.